

<b>Protokoll:</b>	<b>Jugendhilfeausschuss des Gemeinderats der Landeshauptstadt Stuttgart</b>	<b>Niederschrift Nr.</b>	118
		<b>TOP:</b>	6
	<b>Verhandlung</b>	<b>Drucksache:</b>	723/2020
		<b>GZ:</b>	JB
<b>Sitzungstermin:</b>	28.09.2020		
<b>Sitzungsart:</b>	öffentlich		
<b>Vorsitz:</b>	BMin Fezer		
<b>Berichterstattung:</b>	-		
<b>Protokollführung:</b>	Frau Kappallo / pö		
<b>Betreff:</b>	<b>Bundesprogramm Mehrgenerationenhaus in der Programmlaufzeit vom 01.01.2021 bis 31.12.2028</b>		

Vorgang: Sozial- und Gesundheitsausschuss vom 28.09.2020, öffentlich, Nr. 103  
Ergebnis: einmütige Zustimmung

Beratungsunterlage ist die Vorlage des Referats Jugend und Bildung vom 01.09.2020, GRDRs 723/2020, mit folgendem

Beschlussantrag:

1. Die Landeshauptstadt Stuttgart unterstützt die Antragstellung des MüZe Süd Familienzentrum Stuttgart e. V. und der Stuttgarter Jugendhaus gGmbH beim Bundesprogramm Mehrgenerationenhaus für die Programmlaufzeit vom 1. Januar 2021 bis 31. Dezember 2028. Die inhaltliche Zielsetzung des Bundesprogrammes ist kompatibel mit der konzeptionellen Ausrichtung der "Stadtteilhäuser" und wird inhaltlich unterstützt. Die Standorte der zwei Antragsteller\*innen werden in die kommunalen Planungen zur Gestaltung des demografischen Wandels und zur Sozialraumorientierung eingebunden.
2. Der für die Teilnahme am Bundesprogramm Mehrgenerationenhaus erforderlichen kommunalen Kofinanzierung in Höhe von 10.000 EUR jährlich pro Standort wird zugestimmt.

Mit dieser Vorlage werden die Voraussetzungen geschaffen, das Bundesprogramm Mehrgenerationenhaus für die Programmlaufzeit von 2021 bis 2028 in Stuttgart umzu-

setzen, so die Vorsitzende. Notwendig sei der Beschluss des Jugendhilfeausschusses, der sich zum Bundesprogramm Mehrgenerationenhaus bekenne sowie die Kofinanzierung von 10.000 € jährlich bereitstelle.

StR Lazaridis (90/GRÜNE) interessiert die Verzahnung zu der konzeptionellen Ausrichtung der Stadtteil- und Familienzentren. Herr Herweg (JugA) erläutert, der Name "Mehrgenerationenhaus" stamme vom Bund. Dem Bund gegenüber müsse zugesagt werden, die Einrichtungen in den kommunalen Entwicklungsprozess einzubinden. Die inhaltliche Zielsetzung des Bundesprogramms Mehrgenerationenhaus sei kompatibel mit den Stadtteil- und Familienzentren, ergänzt Herr Herweg.

StR Lazaridis, StRin Halding-Hoppenheit (Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tier-schutzpartei) und StR Dr. Nopper (CDU) stimmen der Vorlage ausdrücklich zu und äußern die Bereitschaft, 10.000 € jährlich bereitzustellen.

BMin Fezer stellt fest:

Der Jugendhilfeausschuss beschließt einstimmig wie beantragt.

Zur Beurkundung

Kappallo / pö

## Verteiler:

- I. Referat JB  
zur Weiterbehandlung  
Jugendamt (28)
  
- II. nachrichtlich an:
  1. Herrn Oberbürgermeister
  2. OB-ICG
  3. OB-KB
  4. Referat SI  
Sozialamt (2)
  5. BV Süd, BVin Nord
  6. Stadtkämmerei (2)
  7. Rechnungsprüfungsamt
  8. L/OB-K
  9. Hauptaktei
  
- III.
  1. Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN
  2. CDU-Fraktion
  3. Fraktionsgemeinschaft Die FrAKTION  
LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei
  4. SPD-Fraktion
  5. FDP-Fraktion
  6. Fraktion FW
  7. AfD-Fraktion
  8. Fraktionsgemeinschaft PULS